DPT
Deutscher Präventionstag –
der Jahreskongress seit 1995

Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse

Vanessa Uttenweiler
Kim Zibulski

Aus: Erich Marks, Claudia Heinzelmann, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.):
Kinder im Fokus der Prävention
Ausgewählte Beiträge des 27. Deutschen Präventionstages
Forum Verlag Godesberg GmbH 2023

978.3.96410.026.9 (Printausgabe)
978.3.96410.027.6 (eBook)

Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski

Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse

Laut der BKA-Statistik für Partnerschaftsgewalt sind im Jahr 2021 143.604 Menschen Opfer von (Ex-)Partnerschaftsgewalt geworden. 127 der Opfer wurden getötet oder erlagen ihren Verletzungen (BKA, 2022).

Die Tötung von (ehemaligen) Intimpartner:innen, sogenannte Intimizide, resultieren häufig aus einer Eskalation eines bestehenden Konflikts und können daher präventiv vorgebeugt werden (Greuel, 2009).

Deutschland und seine Strafverfolgungsbehörden sind, nicht zuletzt auf Grundlage der Istanbul-Konvention, dazu verpflichtet, ein standardisiertes Gefahrenmanagement in Fällen häuslicher Gewalt anzuwenden. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen ausgebaut werden und die Nutzung von Fallkonferenzen erweitert werden (Council of Europe, 2011).

Hier knüpft das BMBF-geförderte Projekt GaTe – Polizeiliche Gefährdungsanalyse zu Tötungsdelikten in Partnerschaft und Familie – an. Leaking und andere Warnsignale im Vorfeld solcher Taten sollen erforscht werden und für Strafverfolgungsbehörden und andere Akteur:innen nutzbar gemacht werden.

Hierzu wurde vom Polizeipräsidium Ravensburg eine bundesweite IST-Stand-Erhebung zum Gefahrenmanagement und zur Gefährdungsanalyse anhand zweier explorativer Online-Befragungen durchgeführt, mit dem Ziel, die aktuell gängige Polizeipraxis im Themenfeld zu erheben. Hierfür wurden zum einen zuständige Mitarbeitende der Innenbehörden und zum anderen Sachbearbeiter:innen für häusliche Gewalt befragt. Im Folgenden liegt der Fokus auf der Befragung der Sachbearbeiter:innen und bezieht sich thematisch auf die Rahmenbedingungen der praktischen Arbeit, der Frage nach Schulungsteilnahme und –inhalten, der Bekanntheit des Phänomens Leaking, sowie den Problemen bei der praktischen Fallbearbeitung.

Stichprobe

Die vorläufige Stichprobengröße[1] beläuft sich auf 511 Sachbearbeiter:innen und umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein (Teilnehmendenzahl ≥ 60% der Sachbearbeiter:innen hG im jeweiligen Land).[2] Für Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen konnten zu diesem Zeitpunkt noch keine repräsentativen Aussagen getroffen werden. Niedersachsen und Sachsen-Anhalt haben die Teilnahme an der Befragung abgelehnt. Die vorgestellten Ergebnisse beziehen sich daher nur auf die zehn vollständig erhobenen Bundesländer. In der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der Teilnehmer:innen pro Bundesland aufgelistet.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung haben insgesamt 597 Sachbearbeiter:innen aus 14 Bundesländern an der bundesweiten Befragung teilgenommen.

Bundesland	Teilnehmendenzahl
Baden-Württemberg	**107** (60%)
Bayern	**129** (56%)
Berlin	15
Brandenburg	**29** (60%)
Bremen	**11** (60%)
Hamburg	**49** (>60%)
Hessen	**61** (60%)
Mecklenburg-Vorpommern	8
Nordrhein-Westfalen	55
Rheinland-Pfalz	**41** (60%)
Saarland	**16** (60%)
Sachsen	**41** (>60%)
Schleswig-Holstein	**27** (60%)
Thüringen	8

Abbildung 1: Teilnehmendenzahl je Bundesland

Rahmenbedingungen

Für die zehn vollständig erhobenen Bundesländer (n=511), ergab sich ein Mittelwert von 6,6 (Mittelwerte je Land: 3,69-15,43) zu bearbeitenden Fällen häuslicher Gewalt pro Woche und pro Mitarbeiter:in. Die Rohdaten

1 Die Erhebung war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht vollständig abgeschlossen.

2 Die vorgestellten Daten sind vorläufige Ergebnisse der bundesweiten Erhebung.

betrachtet, deutet sich hier eine Tendenz zu weniger Fällen in ländlicheren Regionen ab. Insgesamt konnte jedoch auch eine hohe Varianz (Standardabweichungen zwischen 2,74 und 12,94) innerhalb der Länder festgestellt werden, sodass kein eindeutiger Trend besteht. Die Sachbearbeiter:innen in Schleswig-Holstein haben mit 3,69 Fällen pro Woche/pro Mitarbeitenden die geringste Anzahl Fälle zu bearbeiten. Wohingegen Sachsen mit 15,43 Fällen die höchste Anzahl vorweist. In Relation zur Größe des Bundeslandes und den bei der Befragung erhobenen Stellenanteilen, ergibt sich für Schleswig-Holstein ein durchschnittlicher Workload. Die Sachbearbeiter:innen in Sachsen hingegen haben in Relation zur Landesgröße und den Stellenanteilen überdurchschnittlich viele Fälle zu bearbeiten.

Der/die durchschnittliche Sachbearbeiter:in hat ca. 17 Jahre Berufserfahrung und einen Stellenanteil von 52%, bei dem sich Gewaltdelikten im häuslichen Bereich gewidmet wird. An der Fallbearbeitung beteiligt sind in allen Bundesländern ausschließlich Vollzugsbeamt:innen.

Nutzung von Vorlagen und Checklisten

64% der Befragten gaben an, dass für die Erhebung der Sachverhalte Vorlagen und/oder Checklisten genutzt werden, die vom Land vorgegeben wurden. 36% nutzen zusätzlich oder ausschließlich ein Format, das innerhalb ihrer Behörde erstellt wurde. Dieser Trend ist auch innerhalb der einzelnen Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß zu beobachten und verdeutlicht die stark variierende Vorgehensweise. Laut vorliegendem Datenmaterial kann in den seltensten Fällen von einem standardisierten Vorgehen gesprochen werden.

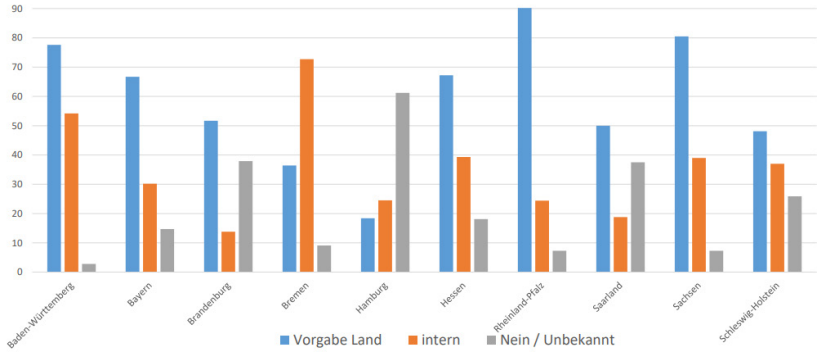

Abbildung 2: Nutzung Formblätter/Checklisten in Prozent

Das Diagramm stellt die Antworten nach Bundesland dar, wobei die linken Balken für die Nutzung von Formaten, welche vom Land vorgegeben wurden, stehen; die mittleren Balken stehen für die intern erstellten Materialien und die rechten Balken fassen die Antwortmöglichkeiten ‚nein' und ‚unbekannt' zusammen. Visualisiert können die Varianzen eindeutig hervorgehoben werden. Es geht ebenfalls klar daraus hervor, dass keines der Länder ausschließlich mit den Vorgaben der jeweiligen Innenministerien oder Innensenate arbeitet.

Zusammenarbeit mit externen Fachstellen

Die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen[3], welche sowohl strukturellen als auch fallbezogenen Austausch beinhaltet, bejahten mit 86% die Mehrheit der Befragten. Im regelmäßigen Austausch stehen 57,3% der Befragten, Runde Tische werden von 53,7% genutzt, Fallkonferenzen von 50,3% und sporadischen Kontakt pflegen 45,4%[4]. Die Zusammenarbeit wird dabei von 23,1% als sehr zielführend eingeschätzt, 39,8% erachten sie als zielführend und 32,4% immer noch als teilweise zielführend. 1,4% bewerten die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen als wenig zielführend. Da die Zusammenarbeit, insbesondere mit nichtbehördlichen Institutionen, maßgeblich von den jeweiligen Datenschutzbestimmungen des Landes abhängt, wurde entsprechend die Beeinträchtigung in der Zusammenarbeit durch den Datenschutz von 44,5% der Befragten als sehr stark oder stark eingeschätzt. 35,7% erfahren durch den Datenschutz eine teilweise Beeinträchtigung und 11,3% fühlen sich kaum oder nicht beeinträchtigt.

Fort- und Weiterbildung

Ein weiterer Schwerpunkt der bundesweiten Befragung lag thematisch bei Schulungen, Fortbildungen und Weiterbildungen. Hier zeigen die Zahlen, dass zum einen das Angebot für Weiterbildungen mit 53,6% größer ist als das für Einführungsschulungen mit 42,1%. Und zum anderen,

3 Mit externen Fachstellen sind alle Fachstellen außerhalb der Polizei gemeint wie bspw. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Ämter, Beratungsstellen, Opferschutzorganisationen, medizinische/ therapeutische Einrichtungen.

4 Durch Mehrfachantworten Überschneidungen in den Prozentwerten.

dass 29% der Befragten ungeschult sind. Dies lässt sich dadurch begründen, dass entweder kein Angebot vorhanden war oder dieses abgelehnt werden konnte. Weiterhin nimmt der/die Durchschnitts-Sachbearbeiter:in für häusliche Gewalt weniger als einmal im Jahr an einer Schulung, Fortbildung und/oder Weiterbildung teil. Daher äußerten 71,4% der Befragten den Wunsch nach mehr Weiterbildungsangeboten. Themenwünsche für Weiterbildungsangebote sind unter anderem kulturelle Besonderheiten (55,6%), Gefährdungsanalyse (55,1%), Hochrisikokonstellationen (51,5%), Warnsignale/Risikofaktoren (51,2%), Tätertypologien (49,3%) und wichtige Informationsquellen (48,8%). Daneben wurden außerdem digitale Überwachung, Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Opferverhalten und Täterarbeit als Fortbildungsthemen angeregt.

Leaking

Das Phänomen Leaking stellt den thematischen Projektschwerpunkt dar und war 75% der Befragten unter dieser Terminologie nicht bekannt. Leaking umfasst alle themenspezifischen Äußerungen, Verhaltensweisen oder Handlungen, die von potenziellen Täter:innen ausgehen. Das können beispielsweise Tatfantasien, -gedanken, -ideen, -absichten oder Tatpläne sein. Wichtig ist, dass diese Äußerungen oder Verhaltensweisen durch Dritte potenziell beobachtbar sind und eine Intervention möglich wäre. Auch das Interesse an ähnlichen Taten, verwandten Themen oder gar Vorbereitungshandlungen werden darunter gefasst (nach Bondü, 2012).

Zum jetzigen Zeitpunkt wird in einem Bundesland explizit die Berücksichtigung von Leaking bei der Gefährdungsanalyse verlangt, wobei insgesamt 43,1% aus eigener Motivation Aspekte, die zu Leaking gezählt werden, berücksichtigen. Dahingehend wird die subjektive Gefährdungseinschätzung der gefährdeten Person von 86,1% bei der Gefährdungsanalyse berücksichtigt. Diese Einschätzung ist als Positivmerkmal ein zuverlässiger Indikator und wird auch durch die Forschung, von bspw. Greuel (2009), in diesem Themengebiet bestätigt. Die subjektive Gefährdungseinschätzung der gefährdeten Person wird zwar nicht eindeutig als Leaking klassifiziert, bietet aber gleichermaßen einen guten Anhaltspunkt für die Gefährdungsanalyse.

Probleme und Schwierigkeiten

Die erhobenen Daten zu Problemen bei und während der Fallbearbeitung geben ein eindeutiges Bild ab. Zeitliche Ressourcen werden von 76,5% beklagt, der Mangel an Personal von 72,6%. Ebenfalls 72,6% gaben an, Probleme bei der sprachlichen Verständigung mit Gefährder:innen und gefährdeten Personen zu haben. Eine zu hohe Verantwortung bemängeln 60% der Sachbearbeiter:innen. Durch die fehlende Mitarbeit der gefährdeten oder bereits geschädigten Person treten bei 65,8% Probleme auf. Des Weiteren gibt es Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung (54,0%), Unsicherheit bei der Risikobewertung (45,0%) und ein Mangel an Fachwissen (37,0%). Die hiergenannten ablaufbezogenen Probleme decken sich mit den Wünschen zu Schulungsthemen, die u.a. kulturelle Besonderheiten, die Gefährdungsanalyse, Risikofaktoren und wichtige Informationsquellen waren.

Fazit

Die Ergebnisse machen deutlich, dass bereits einige wichtige Aspekte in der Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt berücksichtigt werden bzw. mit einfließen, das Vorgehen allerdings weder innerhalb noch zwischen den Bundesländern einheitlich ist. An vielen Stellen ist eine Veränderung/Verbesserung wünschenswert, an einigen, wie bspw. bei Fort- und Weiterbildungen, zwingend notwendig. Denn nur mit einem umfangreichen, einheitlichen und problemarmen Konzept kann häuslicher Gewalt in Deutschland nachhaltig entgegengewirkt werden.

Ausblick

Aus den Ergebnissen der Befragung, einer parallel stattfindenden Dokumentenanalyse von Handreichungen, Dienstvorschriften, o.Ä., sowie den Ergebnissen der Projektpartner:innen, soll ein Best-Practice-Ansatz abgeleitet werden, der sowohl Leaking als auch den Austausch mit externen Fachstellen beinhaltet, dynamische Konfliktsituationen berücksichtigt und bei der Bearbeitung klare Strukturen vorgibt.

Weiterhin sollen die erlangten Erkenntnisse zu Schulungsinhalten aufbereitet werden, sodass neben den Strafverfolgungsbehörden auch andere

Akteur:innen im Themengebiet davon profitieren können. Dies ermöglicht im Idealfall ein frühzeitigeres und verbessertes Eingreifen sowie die Unterstützung der Betroffenen, sodass schwere Gewalteskalationen bis hin zu Intimiziden verhindert werden können.

Quellen

Bondü, R. (2012). *School Shootings in Deutschland: Internationaler Vergleich, Warnsignale, Risikofaktoren, Entwicklungsverläufe [School shootings in Germany: International comparison, warning signs, risk factors, developmental pathways].* (Dissertation). Freie Universität Berlin. https://doi.org/10.17169/REFUBIUM-8631

Bundeskriminalamt. (2022). *Partnerschaftsgewalt - Kriminalstatistische Auswertung - Berichtsjahr 2021*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Partnerschaftsgewalt/Partnerschaftsgewalt_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Council of Europe. (2011). *Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence.* https://rm.coe.int/16806b076a

Dudenhoefer, A.-L., Niesse, C., Görgen, T., Tampe, L., Megler, M., Gröpler, C., & Bondü, R. (2021). Leaking in terrorist attacks: A review. *Aggression and Violent Behavior*, 58, 101582. https://doi.org/10.1016/j.avb.2021.101582

Greuel, L. (2009). *Forschungsprojekt „Gewalteskalation in Paarbeziehungen".* Institut für Polizei und Sicherheitsforschung. https://polizei.nrw/sites/default/files/2016-11/Gewaltesk_Forschungsproj_lang.pdf

Inhalt

Vorwort 9

Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner
Mannheimer Erklärung des 28. Deutschen Präventionstages 11

I. Expertisen zum Schwerpunktthema

Rita Haverkamp, Christoph Gusy, Tjorven Harmsen
Krisen und ihre Prävention aus interdisziplinärer Perspektive 19

Pia-Johanna Schweizer
Systemische Risiken 39

Harald Dreßing
Die Bedeutung psychischer Resilienz im Zusammenhang mit Krisen 57

Donya Gilan, Isabella Helmreich
Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme 73

Jan-Philip Maaß-Emden
Organisationale Resilienz. Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erhaltung einer unternehmerischen Widerstandsfähigkeit 91

Manuela Freiheit, Andreas Uhl, Andreas Zick
Krisen und Krisenverarbeitung 113

Friedrich Gabel
Krisenmanagement als Wertfrage 131

Nikil Mukerji, Marina Moreno, Adriano Mannino
Zum rationalen Umgang mit Krisen – eine philosophische Perspektive 149

Alexander Fekete, Chris Hetkämper, Carlotta Bauer
Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen 169

Holger Floeting
Stärkung städtischer Resilienz. Lernen aus der Krise 185

Tim Lukas, Bo Tackenberg
Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen 203

II. Vorträge

André Biermann
Covid-19 – Paradoxe Erwartungen an die Risikokommunikation 231

Cathleen Bochmann
Kommunale Dialoge in Krisenzeiten 247

Karen Brünger, Maximilian von Heyden, Vivien Voit
Schools That Care – Kinder im Fokus schulischer Prävention 259

Dunya Elemenler
Homosoziale Gruppen in der gendersensiblen Präventionsarbeit 271

Dieter Hermann
Das Sicherheitsaudit – ein Pfeiler der Sicherheitsarchitektur Mannheims 279

Günther Bubenitschek, Dženeta Isaković, Yasemin Soylu
Was tun gegen Hass und Hetze? 289

Leo Keidel
Der Amoklauf von Winnenden und die Präventionsarbeit 305

Stefan Lenz
Über die Jugend und andere Krankheiten 315

Jule Franziska Leisner
Polizeiliches Präventionsangebot für junge Menschen gegen Verschwörungsmythen 327

Marina Martin
Armut macht krank, Krankheit macht arm 335

Andreas Mayer
Die Cannabis-Legalisierung zu Genusszwecken aus polizeifachlicher Sicht 345

Lawrence Schätzle, Felix Munger
Urbane Sicherheit in Zeiten des Klimawandels? Perspektiven aus zwei Städtenetzwerken 355

Johanna Friedrich, Magdalena Ortner
Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin 369

Torsten Siegemund, Anne-Marie Gallrein, Jana Peters
Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Männer in Deutschland mit dem Fokus Gewalt im sozialen Nahraum 377

Ute Scholpp, Carsten Wanzel
Gewalt gegen Polizeikräfte. Präventive Ansätze des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg 391

Peter Holnick, Anna Rübensam, Katharina Theobald, David Weiser
KoMeT – Kompetenz-Medien-Training: Mehr als nur Arbeitsstunden! 397

Jan Hendrik Trapp, Anna Rau, Lawrence Schätzle
Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement 405

Tanja Kramper, Angelika Treibel
Flexible psychologische Hilfe für Kriminalitätsbetroffene 417

Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski
Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse 429

Katharina Wabnitz
Planetare Krisen sind Gesundheitskrisen – Zum transformativen Potenzial von (Gewalt-)Prävention und Gesundheitsförderung 437

Teresa Wagner, Franziska Simon-Erhardt, Christina Storck, Simone Pfeffer
Kinder stärken in schwierigen Zeiten mit dem Programm ReSi+ 451

Christoph Weller
Krisenkonflikte: Was hilft gegen Krisenprofiteure? 459

III. Der 28. Deutsche Präventionstag im Überblick

Tana Franke, Erich Marks
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
28. Deutschen Präventionstages 469

Merle Werner
Evaluation des 28. Deutschen Präventionstages 503

IV. Autor*innen 535